




Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 12. März. 2004

Rossmann kritisiert CDU-Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer

„Die von CDU und CSU vorgeschlagene Abschaffung der Gewerbesteuer ist ein Schlag ins Gesicht aller Kommunen“, so der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann. Angesichts der tiefgehenden Finanzkrise vieler Kommunen gingen die Vorschläge von CDU und CSU an den Erfordernissen einer durchgreifenden Gemeindefinanzreform vorbei. Die Blockadehaltung von CDU und CSU im Vermittlungsausschuss habe schon im vergangenen Jahr zur Verhinderung einer Reform der Gewerbesteuer mit einer nachhaltigen Verbesserung der Einnahmeseite der Kommunen geführt. Jetzt zeige die CDU/CSU mit ihren Beschlüssen zur Abschaffung der Gewerbesteuer ihr „wahres Gesicht“. Rossmann: „Die CDU/CSU hatte nie ein wirkliches Interesse daran, die Gewerbesteuerleistung im Interesse der Kommunen stark zu machen.“

Auch bei seinen zahlreichen Gesprächen mit den Bürgermeistern im Kreis Pinneberg hatte Rossmann keine Sympathie für den Vorstoß der CDU/CSU zur Abschaf-

fung der Gewerbesteuer gefunden. Im Gegenteil hatten die Bürgermeister in den Gesprächen den Abgeordneten immer wieder aufgefordert, dass es eine wirtschaftsnahe, kommunale Steuer geben sollte, auch um den Kontakt zwischen Wirtschaft und Kommunalpolitik und das gemeinsame Interesse an wirtschaftlicher Prosperität in den Gemeinden aufrecht zu erhalten. Rossmann: „Es ist deshalb sinnvoll und notwendig, allen Versuchen von CDU und CSU entgegen zu treten, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch Regelungen zu ersetzen, durch die eine Lastenverschiebung von der Wirtschaft auf die Bürgerinnen und Bürger erfolgen würde.“ Der vorgeschlagene Ersatz der Gewerbesteuer biete keine Gewähr für eine langfristige Stabilisierung der Einnahmen der Kommunen. Der CDU-Vorschlag würde im Übrigen die Kommunen auch von ihren Wirtschaftsbetrieben entfremden und ihre Abhängigkeit von überregionalen Finanzausweisungen weiter verstärken.

Rossmann: „Mit ihrer Forderung nach Abschaffung der Gewerbesteuer ist die CDU auf einem Irrweg. Ihre einseitige Parteinahme für die Wirtschaft führt sie hier zu einer Politik gegen die Kommunen.“ Der Abgeordnete erinnert daran, dass die SPD es im Unterschied zur CDU durchgesetzt hat, dass die Gewerbesteuer für die Wirtschaftsunternehmen mit der Einkommenssteuer verrechnet werden kann. Dadurch habe man sicher gestellt, dass es einerseits eine wirtschaftsnahe Kommunalsteuer auch in Zukunft gibt und zugleich dazu beigetragen, dass bei Personenunternehmen eine deutliche Steuerentlastung für die Betriebe erreicht worden ist.